



GdP-Aktuell

Nr. 28 - Mainz, 13.9.2011

Von nun an geht's bergab ...

Auf Grund der im **Grundgesetz** und in der **Verfassung** RLP festgeschriebenen **Schuldenbremse** muss die **Nettoneuverschuldung** des Landes im Jahr **2012 um 220 Mio. €** runter. Basisjahr: 2010. Die bisher vom Finanzminister vorgeschlagenen Einsparungen liegen bei ca. 170 Mio. Die restlichen Millionen müssen die Ministerien anbieten.

| | |
|------------|--------|
| 2012 minus | 220 € |
| 2013 minus | 440 € |
| 2014 minus | 660 € |
| 2015 minus | 880 € |
| 2016 minus | 1100 € |
| 2017 minus | 1320 € |
| 2018 minus | 1540 € |
| 2019 minus | 1760 € |
| 2020 minus | 1980 € |
| 2021 minus | 2200 € |

(Angaben in Millionen)

JEDES JAHR MÜSSEN 220 Mio. € EINGESPART WERDEN, BIS DIE NETTONEUVERSCHULDUNG AUF NULL IST!

Über die organisatorischen Überlegungen haben wir aus der Lenkungsgruppe und den sechs Arbeitsgruppen berichtet. Aufgaben sollen gestrichen, Dienststellen geschlossen oder ihre Öffnungszeiten verkürzt werden.

Nun erfolgt der nächste Aufschlag, jetzt im Sachhaushalt:

Das Ministerium wird, wie die GdP erfahren konnte, dem Gesetzgeber folgende Einsparungen vorschlagen:

- Schließung aller **Polizeiläden**
- Schließung aller **Polizeipuppenbühnen**
- Reduzierung der **Titelgruppe 74** (Fzg-Wesen) von 18,4 auf 17,2 Mio.

- Reduzierung des Fuhrparks von 500 auf 475 **Funkwagen**
- Reduzierung des **Sprits** um 250.000 €
- Reduzierung der Mittel für den **Täter-Opfer-Ausgleich**
- Reduzierung der Mittel für **Präventionsmaßnahmen** v. 275.000 auf 100.000 €
- Reduzierung der Stellen für **Diensthundeführer** um 20
- Reduzierung des **Schießtrainings** durch verstärkten Rückgriff auf Lasertechnik
- Kündigung der **Bewachung** von Dienstgebäuden bei der BePo; Übernahme der Tätigkeit durch eigene Kräfte
- Erhebung einer Nebenkostenpauschale von den Studierenden für die Nutzung der Unterkünfte auf der **Fachhochschule** Hahn
- Das **Polzeiorchester** könnte möglicherweise durch Kooperationen mit anderen Ländern noch gerettet werden. Festlegungen gibt es hier noch nicht.

Zur Klarstellung: Es handelt sich um Vorschläge aus dem Ministerium, die am Ende durch das Parlament und die Landesregierung zu verantworten wären. Es handelt sich um Einsparvorschläge, die den **Sach**haushalt betreffen. Die GdP befürchtet weitere Einschnitte im **Personal**haushalt. Zur Erinnerung: Das wird der erste Schritt - neun folgen noch.



GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach**: *"Jetzt geht es für uns alle ans Eingemachte! Nichts ist mehr vor dem Rotstift sicher. Wir werden uns gemeinsam mit unseren Freunden in den anderen Gewerkschaften wehren müssen. Sparen auf Kosten der Inneren Sicherheit ist mit uns nicht zu machen!"*

"Nach unseren Einschätzungen handelt es sich teils um "Einsparungen", die am Ende mehr kosten, als sie einsparen. Kontraproduktiv wäre es, die Tarifbeschäftigten bei der Eingangskontrolle durch Polizeibeamte zu ersetzen!", kommentiert der stellvertretende Landesvorsitzender **Helmut Knerr** die Vorschläge. *"Das ist selbst für jeden Laien die teuerste aller Einsparungen!"*